

Am 18. März hat die Europäische Kommission ihre Vorschläge zur Reform der Strukturpolitik und zur finanziellen Unterstützung des Beitritts der mittel- und osteuropäischen Staaten vorgestellt. Das Leitmotiv der Vorschläge ist nicht Wandel, sondern Kontinuität. Zwar wird die Zahl der regionalpolitischen Ziele in Zukunft nicht mehr sieben sondern drei betragen, aber diese drei Ziele gehen inhaltlich über die bisherigen Förderkategorien hinaus. Auch die für die Strukturförderung (einschließlich der Beitrittskandidaten) vorgesehenen Mittel bleiben mit 0,46% des EU-Bruttoinlandsprodukts konstant. Für die Periode 2000 bis 2006 entspricht das 275 Mrd. ECU.

Zu begrüßen ist der verstärkte Einsatz von „innovativen Finanzinstrumenten“ wie Krediten anstelle von Subventionen sowie die Einführung einer leistungsgebundenen Reserve in Höhe von 10% der Gesamtsumme der Strukturfonds. Diese Mittel sollen erst 2003 auf Basis der bis dahin mit den Programmen erzielten Erfolge verteilt werden. Schließlich sollen die Mitgliedstaaten künftig stärker an der Umsetzung der Strukturpolitik mitwirken. Hier bleibt es jedoch abzuwarten, ob die Kommission durch ihre Richtlinienkompetenz die nationalen Partner nicht langfristig zu reinen Ausführungsorganen degradiert.

Bei der Frage der räumlichen Mittelkonzentration ergeben sich auf den ersten Blick positive Veränderungen. In Zukunft sollen nur Regionen mit weniger als 75% des EU-Pro-Kopf-Einkommens in die höchste Förderkategorie (Ziel 1) aufgenommen werden, von der Gesamtförderung werden dann nicht mehr 51% der EU-Bevölkerung, sondern nur noch 35 bis 40% profitieren. Alle aus der Förderkulisse herausfallenden Regionen erhalten jedoch bis mindestens 2005 großzügige Übergangsregelungen, selbst Irland, das mittlerweile mit seinem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner über dem EU-Durchschnitt liegt.

Grundsätzliche Überlegungen darüber, welche Bereiche der Strukturpolitik wirklich auf europäischer Ebene angesiedelt sein soll-



Reiner Martin

EU-Regionalpolitik: Reform oder Stillstand?

ten, wurden nicht angestellt. Ziel 1, die Unterstützung des Aufholprozesses der ärmeren Regionen, ist Ausdruck des Prinzips der Solidarität innerhalb der Union. Auch die Förderung grenzüberschreitender Kooperation ist eine Aufgabe, welche die EU besser wahrnehmen kann als die Mitgliedstaaten.

Warum soll die EU jedoch im Rahmen von Ziel 2 die Sanierung von Industriegebieten in Luxemburg oder im Rahmen von Ziel 3 Umschulungsmaßnahmen in Hamburg finanzieren? Aktivitäten dieser Art mögen positive Nebenwirkungen haben, zum Beispiel die häufig genannte Stärkung der regionalen Identität, aber bedarf es dafür der komplexen und häufig wenig effizienten EU-Strukturpolitik? Warum sollten die wohlhabenden Mitgliedstaaten nicht selbst in der Lage sein, ihre regionalen und sozialen Probleme anzugehen? Hier wären tiefgreifende Veränderungen und Einschnitte in das derzeitige System sinnvoll.

In Verbindung mit einer Senkung der Beitragszahlungen könnte den Mitgliedstaaten beispielsweise ein Opting-out aus Ziel 2 und 3 der Strukturpolitik angeboten werden. Die Kommission wäre dadurch gezwungen, ihr strukturpolitisches Angebot durch Expertenwissen so attraktiv zu gestalten, daß es von den reichen Mitgliedstaaten nachgefragt wird.

Trotz der oben erwähnten Effizienzreserve werden die durch die Strukturpolitik vermittelten Anreize generell noch zu wenig berücksichtigt. Ein gutes Beispiel ist hier die Arbeitslosenquote, die in Zukunft für die Verteilung der Strukturmittel noch größere Bedeutung erhalten soll. Natürlich ist die Arbeitslosigkeit derzeit in vielen Mitgliedstaaten das zentrale wirtschaftspolitische Problem, aber ist es wirklich sinnvoll, hohe Arbeitslosigkeit durch hohe Zahlungen der EU zu „belohnen“? Sollte die Höhe der Zahlungen sich nicht viel stärker an den Anstrengungen der Mitgliedstaaten ausrichten, die Arbeitslosigkeit zu reduzieren? Noch immer wird zum Beispiel die Mobilität der Arbeitnehmer in der EU durch restriktive Regelungen der Mitgliedstaaten unnötig behindert. Finanzmittel aus der EU-Kasse sind eher dazu angetan, den durch die Arbeitslosigkeit entstehenden Reformdruck zu reduzieren statt Anreize für positive Veränderungen zu schaffen.

Noch ein Wort zu den Beitrittskandidaten. Um die Forderungen des *Acquis communautaire* in den Bereichen Umweltschutz und Verkehr zu erfüllen, benötigen diese Staaten nach Schätzungen der Kommission in den nächsten Jahren mindestens 150 Mrd. ECU. Die Planungen der Kommission für die Zeit vor dem Beitritt sehen jedoch lediglich jährliche Zahlungen in Höhe von 3 Mrd. ECU vor. Natürlich hat nicht nur die Zahlungsbereitschaft der Mitgliedstaaten, sondern auch die Absorptionsfähigkeit der mittel- und osteuropäischen Länder ihre Grenzen. Angesichts des politisch gewünschten raschen Beitritts der Kandidaten erscheinen die Planungen der Kommission jedoch wenig großzügig, obwohl hier – ähnlich wie bei Ziel 1 – ein Handeln auf europäischer Ebene durchaus zu rechtfertigen ist.

Bis spätestens Anfang nächsten Jahres müssen das Europäische Parlament und der Ministerrat über die Vorschläge der Kommission entscheiden. Es ist zu befürchten, daß die ohnehin bescheidenen Reformen durch den Einfluß dieser Organe noch weiter verwässert werden.